



Rosendahl, 23.02.2023

Haushalt 2023 der Gemeinde Rosendahl

Stellungnahme von Fraktion
Bündnis 90 die GRÜNEN, Rosendahl

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte
Verwaltungsmitarbeiter, werte Ratskolleginnen- und
Kollegen, werte Zuhörer,

wir sind, wie immer, allen dankbar, die sich für die Belange,
das Wohl der Gemeinde in der letzten Haushaltsperiode
beruflich oder ehrenamtlich oder wie auch immer
eingebracht haben. Der Dank gilt insbesondere auch den
Menschen, die sich für die Kriegsflüchtlinge in Rosendahl
eingesetzt haben.

Wir kritisieren weiterhin alle, die eine nachhaltige
Entwicklung der Gemeinde gezielt behindern, einige sitzen,
nach unserer Meinung, hier im Rat.

Wir sind immer noch erschüttert und ratlos, warum Klima-
und Umweltschutz – letztlich Nachhaltigkeit in Rosendahl
nicht konsequent aufgegriffen wird.

Planvolles Handeln, also Analyse, Zielfestlegung, Planumsetzung wird weiterhin gescheut wie der Teufel das Wasser – warum?

„Provinzpolitiker“ ist gerne mal auch ein Läster-Begriff für Politiker, die nicht so den Durchblick haben und sich gerne mit Drittrangigem beschäftigen.

Der einzige Antrag der CDU zum Haushalt bezog sich auf eine Optimierung der Konferenztechnik im Sitzungssaal.

Für SPD und WIR gab es für die Haushaltssatzung keine Optimierungsansätze.

Nur die GRÜNEN wollten über 4 Anträge mal wieder planvolleres Handeln umgesetzt wissen.

3 Anträge beschäftigen sich dabei letztlich mit dem Thema Innenverdichtung – wer aktuell gegen ortserweiternde Neubaugebiete ist, muss halt alles für eine Innverdichtung tun.

Mit der Neueinführung einer Grundsteuer C für baureife, aber unbebaute Grundstücke in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt soll eine weitere Innenverdichtung vorangetrieben werden und eine Spekulation mit baureifen Grundstücken erschwert werden. So steht es in Absatz 4, V24 des Haushaltsentwurfs für das Jahr 2023.

Die Gemeinde hat bei den anstehenden Projekten und der mittelfristigen Finanzplanung alle Einnahmemöglichkeiten, auch ohne Haushaltssicherung, zu nutzen. Zudem wäre der Beschluss ein klares Bekenntnis zum Vorrang einer Innenverdichtung. Die Ablehnungsgründe von allen Seiten waren in ihrer „Qualität“ nur so zu werten: man will es nicht – nicht den Vorrang der Innenverdichtung, nicht den Druck auf die betroffenen Grundbesitzer. Dem Bürgermeister fehlte selbst mit dem Vorschlag eine doppelte Grundsteuer B fiktiv

für die Haushalte 25 und 26 einzusetzen, eine Idee, das zu rechnen – sein Haus hat zwar die Flächengrundlagen – aber wo kein Wille, da kein Weg – wiederum!

Bei dem Antrag zu einer Förderung „Aus 1 macht 2“ gab es auch bekanntes – zu vage, verstehen wir nicht, brauchen wir nicht – Interessierte werden es auch ohne Förderung tun. Traf sicherlich auch auf unsere Förderung „Jung kauft Alt“ zu. Trotzdem haben wir's getan – Antrag kam halt nicht von den GRÜNEN.

Der ungeheuerste Antrag war sicherlich, die Ziele unserer Dorfentwicklung, auch räumlich, über eine öffentliche Beratung mit unseren Bürgern festzulegen.

In einer parlamentarischen Demokratie muss man das nicht – die Abscheu vor solchen Gedanken war bei den Redebeiträgen zum Antrag förmlich zu greifen. Neubaugebiet öffentlich diskutieren - da werden die nichtöffentlichen Deals nur schwieriger.

Apropos Nichtöffentlich. Ja, es ist übel, eine Straftat, wenn die Presse etwas aus Nichtöffentlich gesteckt bekommt - ich war's nicht.

Wir können uns aufregen – unsere Bürger werden es durchaus anders sehen - endlich bekommt man mal mit, was da nichtöffentlich ausgeheckt wird. Dass laut AZ der für Haus Holtwick 3 eingebundene Großgrundbesitzer auch noch Mitglied der CDU ist, beflügelt natürlich die Verschwörungstheorien, vor allem in Darfeld. Die AZ will auch erfahren haben, dass wir Darfelder Straßen im Deal verkaufen wollen – dazu können wir öffentlich nur sagen, dass, sollte es so sein, wir dem in nichtöffentlich nicht zustimmen würden. Bei anderen, von der AZ aufgelisteten Deal-Inhalten, wie Entlastung Osterwick von Flüchtlingen durch Wohnraum im

neuen Baugebiet in Holtwick wäre zu klären, ob das überhaupt nichtöffentlich zu beraten wäre.

Ein/e Stadtplaner*in, wie es mal geplant war, hätte sicherlich bei unserem Wurschteln die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen.

Wir fordern hier und jetzt einzuhalten – lasst unsere Optionen in der Gemeindeentwicklung ernsthaft und öffentlich mit der Bevölkerung ausloten.

Wir wollen, bevor wir in Holtwick dorferweiternde Neubaugebiete mit Grundstückseigentümer verhandelt, einen Klärungsprozess – keine fragwürdigen Deals.

Unter V4, des Haushaltsentwurfes, Punkt C. Ziele und Strategien der Kommune steht...

- die Einwohnerzahl und die Gebühren so weit wie möglich stabil halten, damit die Kosten nicht auf weniger Einwohner*innen verteilt werden müssen. Stabil halten heißt nicht wachsen – oder?

Dass Ratsmitglieder die geheimen, mit der Bezirksregierung Münster verhandelten Potentialflächen für Wohnungsbau als förmlichen Ratsbeschluss für unser gewolltes Wachstum hinstellen wollen, ist ein schlechter Witz! Das Ziel, der Bevölkerung preisgünstige Wohnbaugrundstücke vorzuhalten, ist nicht für weitere Neubaugebiete zu missbrauchen. Das höhere Ziel ist es, den Flächenverbrauch endlich zu begrenzen.

Anderes Thema war der Antrag zur Einführung eines „Integrierten Management zum Schutz der Bevölkerung“. Die Einwendungen, dass ein mehr oder minder gelungene Katastrophenschutzübung gezeigt hätte, dass kein Bedarf besteht, ist schon kühn. Leider hat man sich gar nicht mit dem Thema auseinandergesetzt. Bund und Länder haben

über das Ministerium für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe das Instrument vorgegeben, um Krisen bestmöglich bewältigen zu können. Alle meine Vorredner haben Krisen thematisiert, vom Dauerkrisenmodus wurde gar gesprochen. Ganz klar auch Thema für die Kommunen. Das geht weit über Katastrophenschutz hinaus. Alle Krisen der Vergangenheit haben gezeigt, dass wir schlecht vorbereitet waren - in Rosendahl will man nicht daraus lernen – wer soll das verstehen? Wir können anhand der Arbeitshilfen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der DIN SPEC 91390:2019-12 ja mal checken, wo wir im Bevölkerungsschutz in Rosendahl stehen. Wann fängt Fahrlässigkeit an? Schönes Beispiel für vermeidbares, interdisziplinäres Gesamt-Versagen gibt es aktuell mit dem Mannheimer Fahrlachtunnel. Da waren auch Feuerwehr und Ordnungsamt dabei.

Aber wir sind ja so gut in Rosendahl!

Bei der Kulturarbeit dachte ich das auch mal eine Zeit – jetzt kommen mir Zweifel.

Was machen wir da mit dem angedachten Dorffest?

Ich persönlich finde es gut, dass man über Kultur – auch Feierkultur die 3 Dörfer zusammenbringt. Alle wissen aber, dass in den Dorfvereinen die Begeisterung traditionell überschaubar ist, dass man nur einen Fehler machen muss, damit das Thema für manche sofort wieder zu den Akten kommt.

Warum wurden die Absprachen aus der ersten Zusammenkunft nicht eingehalten? Ein Dorffest im September war so nicht besprochen. Holtwick hat im September auch noch seinen Holtwicker Herbst – den Termin sieht man jetzt als Provokation, mit dem Ergebnis einer

weitgehenden Verweigerung. Dass Osterwick erster Veranstaltungsort sein soll, ist nicht das Problem. Aber fast alles andere – so höre ich es aus Darfeld und Holtwick. Die Holtwicker regen sich etwas damit ab, dass im nächsten Jahr die Kirmes stattfindet – das Geschrei wird groß, wenn sie danach nicht weitergeführt würde. Ansonsten hat sich große Gleichgültigkeit breit gemacht. Ich habe die „Beleidigte Leberwurst-Mentalität“ in den Vereinen kritisiert. Aber wer hört schon auf mich!?

Ich habe Angst, dass die Veranstaltung an die „Wand fährt“ Die Vereine und ihre Mitglieder müssten sich aus allen drei Ortsteilen einbringen – 3 Tage bedeutet aber hohes Engagement – zu hohes für die kleineren Vereine – weil man ja auch noch mitfeiern will.

Warum wird so stark auf Gewerbliche gesetzt? Wir sind Dorf. Ich denke, dass die Alarmzeichen in der Verwaltung angekommen sind – Beleidigte Leberwurst hilft auch hier nicht – wir werden wahrscheinlich nur den einen Aufschlag haben – reden, reden reden.

Mit den Bürgern reden – z.B. über das „Wohin will Rosendahl?“ ist längst überfällig. Die Fraktionen hatten eigentlich ins Auge gefasst, ein Format für den Austausch mit dem Bürger zu schaffen. Passiert ist nichts. Die Politikverdrossenheit, das Entstehen bestimmter Protestformen sind aus unserer Sicht auch auf das Verhindern eines Diskurses von Politik und Verwaltung mit dem Bürger zurückzuführen. Die Rechten nutzen die Bürgerohnmacht, nicht gehört zu werden.

Die Verteidigung der Demokratie beginnt mit dem politischen Bürgerdialog. Es hängt an uns – nicht an den Rechten, wenn was schief läuft in der Republik. Die größte Rats-Fraktion hat

bei allen Themen natürliche Führungsaufgaben- auch wenn die CDU hier über Jahrzehnte wenig Talent gezeigt hat, einige ihrer Mitglieder erkennbar eine Abscheu gegenüber dem Bürgerdialog haben – es ist Zeit, wir müssen was tun.

Ich appelliere an alle Fraktionen, den Schritt mitzugehen, wir sind dabei.

Den interfraktionellen Abstimmungstermin könnten wir auch nutzen, um mal in Ruhe z.B. über „Aus 1 macht 2“ zu reden, in der CDU gab es ja Stimmen dafür.

Was machen wir mit dem Haushalt?

Vieles ist ja „Handwerk“, vieles tragen wir mit – der Kämmerin und den Zuarbeitenden sei mal wieder für die Erstellung gedankt. Aber! – es ist Aufgabe eines gemeindlichen Haushaltes, aus einer fundierten Analyse die gemeindliche Ausrichtung/Planung mit Leistungsmerkmalen und nachprüfbaren Zielen zu konkretisieren - uns fehlt das, an für uns wichtigen Punkten.

Die Gründe für die Ablehnung des Haushaltes 2022

haben sich in der Fortschreibung nicht geändert, bestehen damit auch für den Haushaltsentwurf 23. weiter. Wir verstoßen immer noch gegen §1 des

Umweltinformationsgesetzes u.u.u.

Der Haushaltsentwurf stützt aktuell zudem mögliche Grundstücksgeschäfte, die wir ohne Abstimmung mit dem Bürger nicht mittragen können.

Wir lehnen den Haushaltentwurf ab.

Vielen Dank!